

Größe 40 cm hoch, 30 cm breit, 10 cm tief. Die Druckkosten sind 20,00 RM. Die Abnahme ist 1000 Stück. Die Druckkosten sind 20,00 RM. Die Abnahme ist 1000 Stück.

Castroper Anzeiger



Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rangeler Neueste Nachrichten

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geshw. Schmih), Castro

Bladenhorster Tageblatt

Anst. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castro und die Ämter Rangler und Bladenhorst. Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castro, der Ämter Rangler und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtswirksame Kraft.

Nr. 300

Donnerstag, den 28. Dezember

1922

Amerikas Anleihepläne und Deutschlands Schicksal.

Eine grundsätzliche Betrachtung von Hans Martin Elster.

Welch unklarer politischer Kopf der Deutsche, einschließlich der meisten seiner praktischen Berufspolitiker ist, erwies sich wieder in den letzten Wochen, da die Gerüchte über eine amerikanische Anleihe aufkamen. Alle Welt habete sofort in rosigstem Optimismus. Man setzte sich vor seinen Optimismus noch eine Warnungstafel, aber diese Warnungstafel wurde gänzlich übersehen und man gab sich strupplos den Hoffnungen auf wirtschaftliche Konjunktur-Entwicklungen hin, ohne sich klar zu machen, um was es sich bei einer Amerikanleihe für Deutschland handelt. Es ist aber unbedingt notwendig, dass der Deutsche von Einsicht und Einfluss mit vollem Verantwortungsgefühl für Deutschlands Schicksal weiß, um was es in Wahrheit bei dieser Amerikanleihe geht.

Wer die Meldungen und Berichte aus Amerika mit ruhigem Blut und politischem Wissen liest, wird bald feststellen, dass der Anleihekampf gar nicht darum geht, Deutschland wirtschaftlich oder politisch zu helfen, sondern dass es sich hier ganz einfach um eine endgültige Durchführung des Versailler Friedensdiktates handelt und um eine Wirtschaftshilfe für die unter Deutschlands Verarmung leidende Produktion Amerikas und Englands. Die Quelle der Anleihepläne ist eine geschäftliche: Amerikas Baumwoll- und Getreideproduzenten können ihre Ware nicht mehr absetzen, Deutschlands industrielle Produktion verurteilt Amerika und noch mehr England zu einer dauernden Arbeitslosigkeit. Dieser Umstand wurde nicht hervorgerufen durch das Versailler Friedensdiktat an sich, sondern durch die Unmöglichkeit des Versailler Friedensdiktates. Beseitigt man diese Unmöglichkeit — so fällt sofort der ruhig-falte amerikanische Geschäftsmann — so steht man Deutschland instand, den möglichen Versailler Forderungen (die immer noch höher sein werden, als je ein Deutscher zugeben kann) zu entsprechen. Entspricht Deutschland ihnen aber, so wird Deutschland wieder Abnehmer für Baumwolle und Getreide und hört Deutschlands Preisunterbietung auf dem industriellen Warenmarkt auf. Infolgedessen tritt Amerika für eine teilweise Revision des Versailler Werkes ein.

Eine teilweise Revision ist aber von Amerika nur durchzusetzen durch Macht! Und zwar politische und wirtschaftliche Macht. Die wirtschaftliche Macht Amerikas ist seine Anleihe, die in bar auch den Franzosen, und indirekt durch Befriedigung der Konkurrenz auch den Engländern zugute kommt und deren Deutschland zugeordnete Mittel die Getreide- und Baumwollkäufe Deutschlands in Amerika bedecken sollen, also in Amerika verbleiben! Seine politische Macht ist Amerika nun für die Sicherung der Anleihe ein, diese Anleihe soll die erste praktische Synthese auf Deutschlands Staatsbesitz darstellen, die bisher als Theorie den Ententeländern laut Versailler Diktat gehört. Kein Mensch gibt aber einem anderen einen Kredit, wenn dieser andere in der Gewalt eines Dritten ist. Solange Frankreich die Hand auf deutschen Staatsbesitz legen kann, ist eine Amerikanleihe unmöglich, denn dann hat Amerika keinerlei Sicherheiten für sein Leihgeld. Frankreich nun wieder kann die Hand von Deutschlands Gurgel nicht fortnehmen, weil es — auf Grund seiner eigenen politischen Hygiene — stets mit einer deutschen Revanche rechnet und sich also in Gefahr sieht. Den Schutz vor dieser Gefahr müsste also an Stelle Frankreichs Amerika übernehmen! Das heißt: wenn Amerika eine Anleihe gibt, bindet es sich auch mit seiner politischen Macht in der Richtung an Deutschland, dass es Deutschland verpflichtet und zwingt, auf jeden Plan einer Befreiung vom Versailler Diktat zu verzichten, solange die Anleihe nicht amortisiert ist, und zweitens noch in der Richtung, dass es Deutschland vor den Zugriffen Frankreichs auf deutschen Staatsbesitz schützt, nicht um Deutschlands, sondern seiner Anleihe willen schützt!

Mit anderen Worten: Deutschlands Schicksal ist als Folge einer Amerikanleihe die Erhaltung einer Neutralisierung und einer amerikanischen Schutzhegemonie auf unabsehbare Zeit. Deutschland wird politisch und wirtschaftlich endgültig unfrei!

Deutschland wird die Türkei Mitteleuropas!

Welcher Deutsche kann solche Pläne fördern, solche Verträge nach dem Versailler Friedensdiktat unterschreiben? Wird die jetzige Regierung, wird die jetzt herrschende Generation die Freiheit besitzen, um vorübergehender, im Verhältnis zum deutschen Schicksal kleiner Wirtschaftsvorteile willen die endgültige Versklavung, den Verkauf Deutschlands an Amerika auch wenigstens für die nächste Generation perfekt zu machen? Und sehen alle ehrlichen Deutschen von heute die Tatsachen und Folgen der Amerikanleihe für Deutschlands Schicksal wahrheitsgemäß?

Jetzt beginnen die Entschuldigungsstunden für unser Land und Volk, für unsere Zukunft, für unsere Freiheit! Jetzt heißt es, unbedingt dem reinen Verantwortungsgesühl, dem Gewissen für das Schicksal folgen und sich auf keine Weise aus wirtschaftlicher Unruhe und Not verkaufen. Frankreich wird sich noch einige Monate sträuben, die Hand von der Gurgel Deutschlands zu nehmen: wenn aber die Summe, die es von Amerika aus der Anleihe erhält, groß genug ist, so dass es seine banterotte Staatsbilanz gewinnreich flott machen kann, und wenn Amerika die Garantie für Deutschlands Friedfertigkeit gegen Frankreich, die Amerika um seiner Anleihe willen selbst braucht, leistet, wird Frankreich eines Tages in die Revision des Versailler Vertrages, in die Anleihe und in die Zurückziehung seines Militarismus willigen und sich dann noch als die menschlichste Nation der Erde feiern lassen, nachdem es sein Geschäft gemacht hat. Deutschland ist dann aber unfrei, ein Vasallenstaat Amerikas in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Deutschland versinkt dann in die furchtbaren Wirtschaftsnöte, weil seine Waren keinen Absatz mehr finden, denn sie müssen durch die Zinsen für die Anleihe und deren Amortisation stets über dem Weltmarktpreis liegen. Deutschlands Niedergang für Generationen liegt. Deutschlands Schicksal ist dann besiegelt.

Darum muß sich das deutsche Volk heute rüsten, fest zu bleiben gegen alle Versucher aus Amerika, England und der Welt ringsumher. Die Aufgabe für das Jahr 1923 lautet an alle Deutschen: Kampf um Deutschlands Freiheit auch gegenüber Amerikas Anleiheplänen!

Eine Reparationsdenkschrift Cunos.

Paris, 27. Dez. Eine Denkschrift an den Reichspräsidenten Cuno am 31. Dez. in Paris eine Denkschrift vorlegen werde, nach der die industriellen, finanziellen, landwirtschaftlichen u. Handelskreise Deutschlands bereit wären, die Garantie für eine Anleihe zu übernehmen, falls die Reparationsschuld Deutschlands auf eine bedeutend niedrigere Summe als die im letzten Zahlungsplan vorgesehene Summe reduziert und außerdem Deutschland ein Moratorium für mehrere Jahre bewilligt werde, und zwar sowohl für die Zahlungen in Gold wie auch für die Sachlieferungen außer den für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete bestimmten Lieferungen. Die auswärtige Anleihe werde vollständig Frankreich und Belgien zur Verfügung gestellt werden.

Ein offizieller Plan Amerikas.

London, 27. Dez. Die amerikanische Presse meldet aus Washington: Wenn auch die Diskussion bisher außerhalb des diplomatischen Weges geführt worden ist, so ist das Resultat: daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland bereit sind, der Aufstellung eines Komitees amerikanischer Industrieller zur Prüfung der Reparationsfrage ihre Zustimmung zu erteilen. Die Beamten des Staatsdepartements, welche von Anfang an ziemlich unklar zu verfahren gaben, daß man ein Mittel suche, um der europäischen Wirtschaftskrise abzuweichen, haben sich gewandelt, einen Plan, welcher von einem amerikanischen Komitee ausgearbeitet worden sei, zu diskutieren. Man hege weder im Staatsdepartement noch in der Washingtoner Handelskammer irgendwie die Absicht, die Meldung zu dementieren, daß ein „offizieller Plan“ bestehe und daß dieser Plan der Regierung vorgelegt worden sei.

„Daily Mail“ meldet aus New York: Ein hoher Beamter des Staatsdepartements hat die Meldung in Abrede gestellt, daß ein „Vorschlag“ von der amerikanischen Regierung an England und Frankreich über Erneuerung einer amerikanischen Kommi-

ssion zur Schätzung des Reparationsbetrages, den Deutschland zahlen kann, gemacht worden ist. Er erklärte, eine solche Mitteilung sei dazu angetan, die Führung der auswärtigen Politik Amerikas zu beeinträchtigen und in die Erwägungen einzugreifen, die die amerikanische Regierung in der Frage, wie sie in der Reparationsfrage zu helfen vermöchte, anstellen könnte. Die Regierung könne keinerlei Aktion unternehmen, wenn sie nicht, besonders durch die französische und die britische Regierung, dazu aufgefordert werde. Geschäftsleute könnten jedoch einen Plan für die Reparationen aufstellen.

Ministerrat über die wirtschaftliche Ausbeutung der Rheinlande.

Paris, 27. Dez. Ueber den Inhalt der am Sonntag abg. h. t. n. Ministerkonferenz erl. t. der Zeit Parisien, daß in der Frage der Besetzung des Rheinlandes das französische Programm genauer umgrenzt wurde. Ähnlich wie in der bekannten Ministerkonferenz unter dem Vorh. Millerands wurden auch in Anwesenheit des französischen Rheinlandkommissars Tirard Einzelheiten der wirtschaftlichen Ausbeutung des besetzten linksrheinischen Gebietes besprochen und für die evtl. Befestigung des Ruhrgebietes, die nicht militärischer, sondern ökonomischer Art sei, Gesichtspunkte aufgestellt, die angeblich nach dem Willen der Völkerbundskontrolle in Österreich formuliert werden sollen. Andere Blätter glauben als Ergebnis der Sonntagskonferenz feststellen zu können, daß das französische Programm für die Pariser Konferenz am 2. Januar auf alle militärischen Aktionen verzichtet und sich auf die Einrichtung freier Zollgrenzen, sowie einer rein zivilen Verwaltung des linksrheinischen Gebietes beschränken werde. Eine militärische Aktion käme nur in Frage, wenn die Deutschland durch seine Haltung notwendig machen würde. Auf der Grundlage dieses Problems, so fügt die Presse hinzu — und das wird auch vom Intrigant ausgesprochen — sei eine Einigung zwischen Frankreich und England wahrscheinlich, da die englische Regierung gegen eine Zolleinführung des Industriegebietes als Zwangsmäßnahme gegen Deutschland nichts einzuwenden haben dürfte.

Die französischen Stichtofforderungen.

Paris, 27. Dez. Die am Sonntag vormittag am Quai d'Orsay abgehaltene Sitzung, in der Bonaire, sowie die Minister der Finanzen, der Befreiten Gebiete und der öffentlichen Arbeiten mit Barhou eine dreistündige Beratung abhielten, wird von der Presse viel besprochen. Dem veröffentlichten Communiqué zufolge galten die Beratungen der Frage der Wiedergutmachung und der Pfänder, sowie im besonderen der französischen Forderung nach Stichtofflieferung von Deutschland, die von der deutschen Regierung abgelehnt wurde. Herr Gillet, so heißt es in dem öffentlichen Sitzungsbericht, hat über seine zu dem genannten Zweck unternommene Reise nach Berlin und über die Schwierigkeiten, die in der Frage der Stichtofflieferungen bestehen, Bericht erstattet. Angeblich soll sich die von Deutschland abgelehnte französische Forderung auf 60 000 Tonnen Stichtoff bezogen haben.

Überwachung der deutschen Grubenproduktion.

Paris, 27. Dez. Der Temps meldet aus London: Im Hinblick auf die vielleicht zu treffenden Maßnahmen am linken Rheinufer oder im Ruhrgebiet hat die Hafenverwaltung von Toulon Auftrag bekommen, mehrere Ingenieure für Schiffsbauten zur Abfahrt bereit zu halten. Es sind Ingenieure, die mit der Überwachung der deutschen Grubenproduktion betraut sein sollen.

Aus dem Reiche.

Die Bereitschaft der Industrie.

Berlin, 27. Dez. Der Lokalanzeiger weist von neuem darauf hin, daß die Industrie bereit sei, die Regierung in jeder Weise zu unterstützen. Sie sei besonders bereit, an allen Problemen zur Gefühlsbindung der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten, halte aber Maßnahmen für zwecklos, wenn nicht gleichzeitig damit eine Intensivierung der Arbeitsleistung zur Vermehrung der Produktion verbunden sei. Ebenso halte die Industrie daran fest, daß in eine endgültige Lösung des Reparationsproblems eingetreten werden müsse. Laut Vossischer Zeitung sollen heute in der Reichsregierung, daß der der

Die Reichsregierung hat heute in der Reichsregierung, daß der der

Reichsminister und die wichtigsten Ressortminister gegen sich, verurteilt werden, den Plan aufzustellen, der nach Genehmigung durch das gesamte Kabinett in Paris überreicht werden wird.

Bayerischer Anteil an den Sachlieferungen.
München, 27. Dez. Die bayerische Landesaustragsstelle teilt mit, daß Bayerns Anteil an den Sachlieferungen im freien Verkehr nach Frankreich 2,5 Prozent betrage gegenüber 65 Proz. Preussens, nach Belgien nur die Hälfte gegen 91 Prozent Preussens. Im Jahre 1922 hat die Landesaustragsstelle Aufträge von über 4 Milliarden Mark vermittelt. Davon entfielen 90 Prozent auf den Wiederaufbau zerstörter Gebiete. Am Wiederaufbau der Handelsflotte ist Bayern mit 37 Millionen beteiligt.

Eisenbahner und Feuerungszuschläge.
Köln, 27. Dez. Die Ablehnung weiterer Teuerungserhöhungen über die zweite Dezemberhälfte durch das Reichsfinanzministerium hat in der Eisenbahnerschaft, wie die Gewerkschaft Deutsches Eisenbahner mittelst, eine große Erregung hervorgerufen. Die Gewerkschaft hat nun, nach der R. Z. zu Mittwoch, den 27. Dezember, ihre gesamten Vorstände und Funktionäre zu einer Konferenz geladen, um zu der Lage endgültig Stellung zu nehmen.

Ein Rhein-See-Dampfer Düsseldorf.
Düsseldorf, 27. Dez. Die Hamburg-Amerika-Linie hat einem auf der Deutschen Werft erbauten Rhein-See-Dampfer den Namen Düsseldorf gegeben. Das neue Schiff wird zwischen Hamburg und Köln verkehren. Zur Probefahrt sandte Oberbürgermeister Dr. Roettgen folgenden Glückwunsch an die Hamburg-Amerika-Linie: Vom deutschen Rhein zum deutschen Meer wird Ihr neues Schiff den Namen unserer Stadt tragen. Es wird an der Elbe wie am Rhein künden, daß Sanften und Rheinländer treu zusammenhalten im Schaffen für das gemeinsame Vaterland. Im Namen der Stadt wünsche ich dem Schiff glückhafte Fahrt heute und immerdar. Ich hoffe, den Rhein-See-Dampfer Düsseldorf bald in unserm Hafen begrüßen zu dürfen.

Konferenz der Reichsversicherungsträger.

Die Arbeitsgemeinschaft der Reichsversicherungsträger hielt in diesen Tagen unter dem Vorh. des Geheimen Kommerzienrats Conrad v. Borsta eine Vertreterversammlung ab, zu der neben den Vertretern der Landesversicherungsanstalt, der Krankenkassen, der Berufsvereinigungen und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte auch zahlreiche Vertreter der interessierten Behörden erschienen waren. Das Reichsarbeitsministerium war durch Ministerialrat Dr. Schulz und Oberregierungsrat Dr. Krobne, das Reichsversicherungsamt durch den Senatspräsidenten Dr. Spiegelthal, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte durch ihren Präsidenten Dr. v. Dikhausen vertreten. Gegenstand der Verhandlungen war zuerst die Wiedergewährung ermäßigter Fahrpreise für die nach Dikhausen usw. geschickten Kranken der Reichsversicherungsträger. Es wurde in überzeugender Weise nachgewiesen, wie die gesteigerten Fahrpreise nachteilig auf das Bestehen der Heilstätten wirken müßten zum Schaden der allgemeinen Volksgesundheit. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß neuerdings sogar Theatervereinigungen und Orchestervereinigungen bei Fahrten zu gemeinnützigen Veranstaltungen halbe Fahrpreise bewilligt würden. Es wurde beschloffen, durch eine Petition an den Reichstag die Wiedereinführung der ermäßigten Preise für die Sozialversicherten bei Eisenbahnfahrten zu Geilungsverkehrszwecken zu erwirken.

Eingehende Beratungen erfolgten über die vom Reichsversicherungsamt angeregte Vereinfachung des Kontroll- und Überwachungsdienstes bei den Versicherungsträgern. Hierzu machte Ministerialrat Dr. Schulz beachtenswerte Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Invaliden-, Angestellten- und Krankenversicherung. Einen gemeinsamen Überwachungsdienst hält er für durchaus nötig und möglich, wenn auch die Krankenkassenverbände, von denen mehrfach die Rede gewesen sei, durchaus nicht mit Sicherheit zu erwarten seien. Die Träger der Unfallversicherung, die Berufsvereinigungen, habe man bei den bisherigen Verhandlungen überhaupt aus-

dem Ziele gelangen. Im weiteren Verlauf der Beratung gelangten dann noch die Fragen des Zusammenarbeitens der Arbeitsgemeinschaft mit anderen Wohlfahrtsvereinigungen und die Förderung der von der Stadt Berlin errichteten Schulstipendien zur Erörterung. Abschließend wurde die Versammlung schließlich noch durch die Vorführung von Unfallverletzten seitens des Herrn Dr. Stabel. Durch den Augenschein konnten sich dabei die Anwesenden von den glänzenden Erfolgen unserer heutigen chirurgischen Behandlung bei leichtem und sachgemäßem Vorgehen überzeugen.

Einkommensteuer-reise Spareinlage.

Dah die Lebensversicherung, die ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Ausdehnung in Deutschland nicht gefunden hat, dürfte in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein, daß viele Personen glauben, die Verpflichtung zur Zahlung festgesetzter Jahresprämien auf Lebenszeit oder doch eine bestimmte Reihe von Jahren, nicht übernehmen zu können. Während nun diejenigen, welche eine Lebensversicherung abgeschlossen hatten, bis zu einem bestimmten Betrage die Prämien von ihrem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug bringen konnten, wurde den Minderbemittelten, die durch Sparen erhebliche Beträge in gewissem Grade den Zweck der Lebensversicherung erreichen wollten, auch nicht der geringste Betrag vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen. Diese Benachteiligung der Sparsparnisse ist jetzt durch die Einkommensteuer-Novelle vom 20. Juli 1922 aufgehoben worden.

Nach § 13 Ziffer 5a dieser Novelle sind von dem Gesamtbetrag der Einkünfte in Abzug zu bringen Spareinlagen bis zu einem Betrage von 8000 M. jährlich, sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder für den Fall des Erlebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als 20 Jahren vereinbart ist und die Vereinbarung unter Verzicht beider Vertragsteile auf eine Abänderung oder Aufhebung dem zuständigen Finanzamt angezeigt wird.

Der Betrag von 8000 M. jährlich ist neuerdings durch Beschluß des 11. Ausschusses des Reichstages unter Zustimmung des Plenums des Reichstages für 1922 auf 16000 M. und für 1923 auf 48000 M. erhöht worden.

Soweit die Berechnung auf das Jahr 1922 geht, gilt dies, ist den Steuerpflichtigen noch bis zum 31. Dezember, also nur noch wenige Tage, Gelegenheit gegeben, bis zu einem Betrage von 16000 M. bei einer Sparkasse, Bank oder Genossenschaft einkommensteuerfrei zurückzulegen.

Die Sparkassen werden für Einlagen vorbezüglicher Art einen höheren Zinsfuß als den für gewöhnliche Spareinlagen üblichen gewähren.

Wer nähere Auskunft wünscht, wende sich umgehend an die hiesige Sparkasse.

Aus dem Auslande.

Polen.

Haushaltungen in Warschau.

Warschau, 27. Dez. Im Zusammenhang mit der Ermordung des Staatspräsidenten Pilsudski haben in den letzten Tagen zahlreiche Haushaltungen in Privathäusern stattgefunden. Sie ergaben u. a. die erstaunliche Tatsache, daß die Warschauer Gasgesellschaft in ihrem Laden in der Ratuszowa-Straße ohne Genehmigung des Regierungskommissars Waffen und zwar nicht nur Gaswaffen, sondern auch Revolver an diejenigen Personen verkaufte, die eine Legitimation der antisemitischen Gesellschaftspropaganda vorwiesen. Auch in den Räumen des Verbandes der Oberösterreichischen Kaufleute und des Verbandes der Angehörigen der ehemaligen Kaiserarmee fanden Revisionen statt. Ferner stellte sich heraus, daß die Wohnung des Generals Haller fortgesetzt in telefonischer Verbindung mit einem bestimmten Polizeikommissariat der Stadt Warschau stand, wodurch sich die Zusammenarbeit von Haller mit der Polizei gegen die Regierung ohne weiteres ergibt. Großes Aufsehen erregt ferner die Feststellung, daß in dem Gebäude, in dem die Umstellung stattfand und bei deren Eröffnung der Staatspräsident ermordet wurde, am Tage des Attentats die telefonischen Leitungen vorher zerhackt worden waren.

Letzte Drahtmeldungen.

Die neuen Lohnverhandlungen mit dem Bergarbeitern.

Berlin, 27. Dez. Entgegen anders lautenden Meldungen erfahren wir, daß die neuen Lohnverhandlungen im Bergbau nicht mehr in diesen Monaten, sondern erst zu Beginn des Januar im Reichsarbeitsministerium stattfinden werden.

Die Reubesetzung des Staatssekretariats im Reichswirtschaftsministerium.

Berlin, 28. Dez. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist als Nachfolger von Prof. Hirth Ministerialdirektor Dr. Trendelenburg als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium in Aussicht genommen.

Ein Unglück unserer Marine.

Alel, 28. Dez. Der zum Kommando der Torpedoschule Mawid gehörige Vergungsdampfer „Antrax“ ist seit dem 20. Dezember verschwunden; er ist vermutlich untergegangen. An Bord befanden sich 10 Unteroffiziere und 10 Mann. Die Leiche eines Matrosen und Bruchstücke des Dampfers sind inmitten an der dänischen Küste angetrieben. — Der

Ein neuer Schachzug Frankreichs.

Bestellung einer deutschen „Verschlung“ durch die Reparationskommission.

Paris, 27. Dez. Die Reparationskommission beendete gestern ihre Beratungen über die deutschen Holzfällerungen und stellte gegen die Stimme Brabburgs eine Verschlung Deutschlands fest.

London, 27. Dez. Die „Times“ hebt die Bedeutung der Erklärung am Vorabend der Pariser Konferenz hervor; Frankreich vermöge allein gegen Deutschland vorzugehen und dieser Schachzug sei ein taktischer Vorteil für Frankreich. Das Blatt fragt, ob wirklich ein Bruch vorliege, der Deutschland unter die allgemeinen Strafmaßnahmen des Vertrages bringe.

„Daily Telegraph“ sieht die Bedeutung der Entscheidung vor allem darin, daß bei der Pariser Konferenz jede französische Forderung nach einer Aktion gegen Deutschland nach französischer Ansicht durch die Vergütungsentscheidung der Reparationskommission gerechtfertigt sei.

Der Vorkant der Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 28. Dez. Der Vorkant des Kommissars der Reparationskommission über die deutschen Holzfällerungen ist folgender:

Im Laufe der gestrigen Sitzung hat die Reparationskommission folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Reparationskommission hat einstimmig festgestellt, daß Deutschland die auf Grund des Annex 4, Teil 8 des Friedensvertrages von Versailles gemachten Bestimmungen Frankreichs für Holzfällerungen während des Jahres 1922 nicht in ihrer Gesamtheit ausgeführt hat.

2. Die Reparationskommission hat mit Stimmenmehrheit (der britische Delegierte stimmte dagegen) entschieden, daß diese Nichtausführung eine Verschlung der Verpflichtungen Deutschlands im Sinne des § 17, Annex 2 darstellt.

3. Die Reparationskommission hat mit Stimmenmehrheit (der britische Delegierte enthielt sich der Stimme) beschlossen, die interalliierten Regierungen daran zu erinnern, daß in ihrem Briefe vom 21. März, in dem die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands während des laufenden Jahres festgelegt wurden, die Reparationskommission erklärt: Sollte die Reparationskommission im Laufe des Jahres 1922 feststellen, daß von Frankreich oder seinen Staatsangehörigen oder von einer einzelnen der übrigen an Reparation Anspruch habenden Mächte oder deren Angehörigen in Gemäßheit des im Vertrage vorgesehenen Verfahrens oder in Gemäßheit eines von der Reparationskommission genehmigten Verfahrens, sowie auch innerhalb der Grenzen der oben genannten Zeit geforderten Lieferungen in natura nicht zur Ausführung gelangt sind, und zwar entweder in einer von der deutschen Regierung oder einer ihrer Organe gemachten Obstruktion oder in vollem Verstoß gegen das im Vertrage vorgesehene oder gegen ein von der Reparationskommission genehmigtes Verfahren, so wird am Schluss des Jahres 1922 zum Erlaß der nicht zur Ausführung gelangten Lieferungen von Deutschland gleichartige Zahlungen in bar verlangt werden.

Entsprechend dem Vorkant des § 17 hat die Reparationskommission diese hiermit festgestellte Verschlung Deutschlands den alliierten Regierungen mitgeteilt.

Frankzösische Note im Eide.

Paris, 28. Dez. Die das „Petit Journal“ mitteilt, ist Poincare gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer Note an die deutsche Regierung beschäftigt über die Stillstellung der Reparationen. In dieser Note wird Poincare außerdem erklären, daß die französische Regierung bereit sei, etwaige deutsche Vorschläge zur Reparationsfrage zu prüfen unter der Bedingung, daß die Alliierten diese Vorschläge ebenfalls gutheißen.

Amerika verurteilt Frankreichs Rheinlandpläne.

Remyporl, 28. Dez. Die Kommentare der Presse sind eindeutig und übereinstimmend in der allgemeinen Verurteilung Frankreichs für den Fall, daß es versucht, seine auf Verweisung des Rheinlandes gerichteten Pläne durchzuführen, deren Gefährlichkeit nicht nur für den politischen Bestand des deutschen Reiches, sondern auch für die Ruhe Europas offensichtlich von der amerikanischen Presse richtig eingeschätzt wird.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England.

London, 26. Dez. Die Verhandlungen zwischen England und Frankreich durch die Vermittlung des französischen Botschafters in London dauern fort und machen allem Anschein nach Fortschritte. Der bereits seit mehreren Tagen hier herrschende Eindruck, daß Poincare durchaus an den sachlichen Zielen seiner Londoner Forderungen festhalte, verstärkt sich. Die Bemerkungen bei den gegenwärtigen Verhandlungen richten sich deshalb offenbar im wesentlichen darauf, Frankreich bei seinen Garantieforderungen, wenn nicht in der Sache, so doch in der Form zu Zugeständnissen zu veranlassen, die man dann als Kompromiß bezeichnen könnte.

Polen und Frankreich Arm in Arm.

Paris, 28. Dez. Der Präsident der polnischen Republik hat ein Telegramm an den Präsidenten Millerand gerichtet, in dem er erklärt, es liegt ihm am Herzen, die engen Beziehungen herzlicher Freundschaft und brüderlicher Allianz zwischen Polen und Frankreich, deren Eingetragtheit im Interesse beider Länder liege, aufrechtzuerhalten und zu vertiefen.

Eine französische Stimme für Nachgiebigkeit.

Paris, 28. Dez. Henry Bido veröffentlichte im „Bizarro“ einen aufsehenerregenden Artikel, in dem er auf verschiedene Widersprüche in der Reparationsfrage hinweist. Er schreibt, das System der Sachlieferungen habe, wenn man von den Kohlenlieferungen absehe, Schiffbruch erlitten. Die anderen Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages seien auf große Schwierigkeiten gestoßen, auch die freien Lieferungen auf Grund des Stinnes-Luberau-Abkommens hätten nach seiner Kenntnis in fünf Monaten nicht einmal französische Bestellungen im Werte von über 20 Millionen ergeben. Bido ist der Ansicht, daß eine anormale Einführung fremder Waren auf den französischen Markt, der nur eine begrenzte Aufnahmefähigkeit besitze, die Wirtschaft insanken bringen könne. Das Beispiel habe England gegeben. Es habe den größten Teil der deutschen Handelsflotte erhalten, aber das Geschenk habe nicht nur die Schiffsahrtsgesellschaften, sondern auch die Werften ruiniert. Professor Seligmann von der Universität von Columbia habe am 5. Nov. in der „Newport Times“ daran erinnert, daß Frankreich 1871 seine Schuld habe bezahlen können, weil seine Produktionskraft es ihm gestattet hätte, einen Uberschuß an Ausfuhr über der Einfuhr zu erzielen. Auf Grund dieses Grundsatzes verlange Deutschland die Annulierung der seinem Außenhandel ungünstigen Vertragsklauseln. Wenn man wolle, daß Deutschland bezahle, müsse es auch exportieren können. Es belege sich aber, daß man es an der Ausfuhr verhindere, es aber zu gleicher Zeit zum Zahlen zwingen wolle. Schließlich weist Bido darauf hin, daß Stinnes am 9. Nov. auf die ungeheuren Anläufe von Immobilien und Unternehmungen durch die Ausländer in Deutschland hingewiesen habe. Deutschland erleide also einen ungeheuren Verlust zugunsten der Ausländer, die schließlich doch diejenigen seien, die das Anrecht auf Reparationen besäßen.

Hardings angebliche Konferenzvorbehalte.

Gezielte Aufnahme des Vorstößen Konferenzen-Vorläufe.

Paris, 27. Dez. Radio meldet aus Washington: Die Anschuldigungen der amerikanischen Senatoren wegen des Vorgesetzten des Senators Vorstößen, sofort eine Weltkonferenz einzuberufen, um die Wirtschaftslage Amerikas und Europas, sowie die Frage der Einschränkung der Rüstungen zu erörtern, seien durchaus geteilt. Man erkläre in Washington, daß Harding sich den Vorschlägen des Senators Vorstößen widersetze. Selbst wenn der amerikanische Senat diese Vorschläge in Beratung nehmen sollte, würde Harding dessen Beschlüsse ignorieren. Nach anderen Informationen, die angeblich aus guter Quelle stammen, würde aber Harding der Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, wie Senator Vorstößen sie vorschlägt, unter folgenden Vorbehalten zustimmen:

1. Die Vereinigten Staaten würden sich durch einen solchen Konferenzbeschuß noch nicht für gebunden erachten. Ebenfalls durch irgendeine Bestimmung des Beschlusses der Konferenz.

2. Die Vereinigten Staaten würden es ausdrücklich ablehnen, die Annulierung der interalliierten Schulden in Erwägung zu ziehen.

3. Die amerikanische Regierung darf um keinerlei europäische Anleihen angegangen werden. Unter diesen Bedingungen würde Harding angeblich dem Zusammentritt der Konferenz zustimmen. (Die Meldung ist aber durchaus unklar und muß zweifelsfrei erscheinen.)

Harding wartet auf den Auftrag.

Amsterdam, 27. Dez. Das Allgemeine Handelsblatt meldet aus Remyporl, die Washingtoner Regierung habe den alliierten Mächten unformell mitgeteilt, daß, sobald die gegenwärtige Lage für ein Eingreifen der Vereinigten Staaten günstig sei, ein vom Präsidenten Harding ausgehender Plan zur Besprechung gebracht werden würde. Amerika erwarte jetzt eine formelle Einladung. Die Regierung habe klargestellt, daß sie nicht beabsichtige, sich mit Gewalt in den Wirrwarr einzumischen, sondern müsse Frankreich unabweisend den Wunsch nach der Hilfe Amerikas an den Tag legen. Vorher werde Amerika seinen formellen Schritt tun.

Neue Vorschläge Mussolinis?

Paris, 27. Dez. Nach einer Meldung aus Rom, die das Journal des débats wiedergibt, erklärt man in gewissen Kreisen, Mussolini werde sich zur Pariser Konferenz begeben und wahrscheinlich neue Vorschläge, jedoch auf der Grundlage seiner von ihm der Londoner Konferenz unterbreiteten Denkschrift vorlegen.

6 Milliarden!

Paris, 27. Dez. Der französische Senat ist ein Gesetzentwurf übermüdet worden, der sich auf das Budget für die von Deutschland zu bedeckenden Ausgaben bezieht. Es handelt sich um Ausgaben für die Monate Januar und Februar 1923. Den befreiten Gebieten wurde ein Kredit von 650 Millionen gegeben, um den Geschädigten Schuldverordnungen der nationalen Verteidigung und Vorschläge auf ihre Entschädigungsleistungen auszusprechen. Der neue Kredit soll ausnahmsweise auch Entschädigungsleistungen für höhere Beamte vorsehen. Für das Jahr 1923 wird die Regierung ermächtigt, eine 6-Milliardenanleihe beim Credit National für die Entschädigungsleistungen aufzunehmen.

Reichspräsident telegraphierte an den Reichswirtschaftsminister folgendes: „Die Mitteilung vom dem Dampfer „Antrax“ betroffen hat, berührt mich sehr. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen des braven Marineangehörigen meine herzlichste Teilnahme zu übermitteln.“

Dementi.

Berlin, 27. Dez. Die immer wiederkehrenden Mitteilungen, die deutsche Regierung habe Amerika und die Alliierten um die Entsendung einer Studienkommission nach Deutschland gebeten, um festzustellen, was Deutschland zu leisten in der Lage wäre, wird von unterrichteter Seite für falsch erklärt.

Ein rheinischer Sonderbündler von Amerikanern verhaftet.

Frankfurt a. M., 28. Dez. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Koblenz: Der Führer des Sonderbündlerischen Volksvereins, Raffine, wurde gestern in Ems von den Amerikanern verhaftet, weil er in Koblenz eine öffentliche Versammlung abgehalten hatte, die bei der französischen Armee anstatt bei der amerikanischen Besatzungsbehörde angemeldet war, obwohl Koblenz zu der amerikanischen Besatzungszone gehört.

Unter dem Hammer.

Paris, 27. Dez. Vor Weihnachten sollten die Bergwerke von Blanconville Delette, welche Zehnten vor dem Kriege gehörten, versteigert werden. Der Versteigerungspreis betrug 8 Mill. Es fand sich aber kein Bieter. Infolgedessen wird bei der nächsten Versteigerung der Preis auf 14 Millionen herabgesetzt werden.

Für eine amerikanische Anleihe an Deutschland.

Newyork, 27. Dez. Senator Mac Cormick erklärte im Senat, Deutschland stehe unmittelbar vor einer Hungersnot. Eine Erleichterung der europäischen Notlage warte nur eine amerikanische Anleihe an Deutschland mit einem langen Moratorium und der Beschränkung der Reparationen zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, sowie die sofortige Zurückziehung der farbigen Truppen vom Rhein bringen. Mac Cormick sagte weiter, eine französische Befragung des Ausgabebereiches würde ein Schaden für die ganze Welt sein.

Ausfuhr eines Teiles der amerikanischen Goldreserve?

London, 27. Dez. „Daily Telegraph“ meldet aus Newyork: Wallstreet hat offizielle Washingtoner Berichte erhalten, nach denen Amerika bald damit beginnen wird, einen Teil seiner großen Goldreserve auszuführen, da erkannt wurde, daß es für alle in Betracht kommenden Staaten besser sein würde, wenn der Goldvorrat gleichmäßig verteilt werde. Die Nationen, die die ersten Sendungen erhalten würden, würden wahrscheinlich diejenigen sein, deren Währungen in London aber parti und in Newyork auf pari oder nahe am pari notiert werden, so z. B. Holland, Schweden und Japan.

Wahrung Mac Cormicks.

London, 28. Dez. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Senator Mac Cormick, der soeben aus Europa zurückgekehrt ist, hat eine Erklärung abgegeben, in der er, falls die Alliierten die Reparationsfrage nicht regeln, ernsthafte Ereignisse vor Ende des Winters voraussagt.

In aller Kürze.

Die Einführung neuer Reisebroschüren wird vom Ernährungsminister in Erwägung gezogen, um den minderbemittelten Erholungsbedürftigen entgegenzukommen.

Die Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten, die 20000 Eisenbahnbeamte aller Dienstgrade umfaßt, und die in der Arbeitsgemeinschaft mit der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten steht, hat sich dem deutschen Beamtenbunde angeschlossen.

Einen Vorstoß gegen die ärztlichen Ehrengerichte hatten kürzlich die Sozialdemokraten im preussischen Landtage unternommen und ihre Abschaffung verlangt, da es sich um Ausnahmegerichte handle. Die Regierung hat eine Aufhebung abgelehnt, sich aber bereit erklärt, das Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte umzuändern und ein Wiederaufnahmeverfahren und eine Revisionsinstanz einzuführen.

Die Botschafterkonferenz hat den litauischen Staat de jure anerkannt.

Die Konferenz der englischen Bergarbeiter hat mit großer Mehrheit einen Beschluß des Vollversammlungsausschusses angenommen, wonach die Aktion zur Verbesserung der Löhne aufgeschoben werden soll.

Handelsteil.

Dollarsentwurf.

Dollar 755.

Essen, 27. Dez. Der Verkehr setzte mit höheren Kursen ein das Geschäft blieb in den ersten Vormittagsstunden ziemlich ruhig. Um 11 Uhr hörte man im freien Verkehr: Holland 2900—2940, Rabel Newyork 7250—7400, England 83 600—84 000, Frankreich 555—565, Belgien 502—510. Aus Holland wurde ein Markkurs von 3,47½ gemeldet.

Schlusssätze um 8 Uhr: Holland 2975—3025, Amerika 7425—7500, England 84 500—85 250, Frankreich 560—570, Belgien 510—530, Schweiz 1350—1385.

Protest

Zu einer Beson-
war noch kurz
zu dem Gutach-
in der Eingemei-
In der Sitzung,
und zu der erst
Mitglieder der
Schmitz und die
mann und vom

Stadtvorver

folgendes aus:
Wir haben
Beratung zusam-

glaubt dem Ent-
noch außen Aus-
den heutigen Be-
Sitzung des Ko-
sind uns bemüht,
gemeindeg ein-
Wohles und Wei-
auch bewußt, daß
an den Kindern
setzte aber auch
möglichst haben,
Beratung nicht
glimm sich zeigen
Eingemeindung
naber oder ferne
wir heute schon
bereits 1907 und

die Frage

Seit 1907 beschä-
waltung. Dama-
rell und verkehrs-
mals war gerade
vom früheren An-
hemmnis, das
wärtsüberlegung
gegenüber. Dies
der damaligen
Gemeinderates
verwaltung, als
griff genommen
nur das damals
erfahren. Die
noch ein Interme-
werner Gebiete
durch den Krie-
festigen Kollap-
ter Volks aufgear-
teilt, die zuerst
mit dem Landrat
Naukel im No-
verhörte Frage

die Gemei-

am Luftschacht die

den solle, allmählich

in der Erde zu r

lung, die mir die

trug, daß Ostrop

Amt eingemeindet

Rollen und veran

mit seinem gro

des im Norden v

zu treten. Aber

auf fruchtbaren

die Gemeindev

Inde, Froh

sich für die Eing

ausdrücklicher Ab

eines Gebietsteile

Nach anfängliche

Amtsverfamm

auch Kreisau

stimmenden Besch

sich zurückrufen

Entscheidung von

Der Kreislag

Rauzel, Merk

hinichtlich Böving

ung, daß Ostrop

Teiles von Bövin

Ausläufer von G

schwillige, w

der B

mindestens bis zu

nicht von der

werde. Diese Bed

Das insbesondere

Amtsgelände im

Idern, Hablinghor

sehen, Bladenhor

Bochum, während

ferem Kreise ge

zur Wirtschaft

dem Kreise Boch

Kür diesen Heber

Bochum, die im

wählte Bedingun

allein Verzicht au

den Bövinghaus

len darüber hinau

hunderte lang zu

anderen Seite su

indem die Gemein

erstreben, ihre

Rauzel ausstreden

*) Medner brau

blid auf die auch

Deutschen Volkspa

Protest der Stadtverordneten in der Eingemeindungsfrage.

Castrop, 23. Dez. 1922.

Zu einer besonderen Stadtverordnetenversammlung nach kurz vor den Feiertagen eingeladen, um zu dem Gutachten des Ruhrfiedlungsverbandes in der Eingemeindungsfrage Stellung zu nehmen. In der Sitzung, die um 5 Uhr nachmittags begann und zu der erschienen waren vom Magistrat die Mitglieder Bürgermeister Witten, Beigeordneter Schmidt und die Ratsherren Becker und Dr. Ortmann und vom Kollegium 16 Herren, führte der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Fegels folgendes aus:

Wir haben uns heute zu einer sehr ernstlichen Beratung zusammengefunden, und ich habe geglaubt dem Ernst dieser Verhandlung auch dadurch noch außen Ausdruck geben zu sollen, daß ich für den heutigen Beratungsgesamtheit eine besondere Sitzung des Kollegiums anberaumt habe. Wir sind uns bewußt, daß von dem Ergebnis der Eingemeindung ein großer Teil des zukünftigen Wohles und Wohes Castrops abhängt und uns auch bewußt, daß die Sünden der Väter sich rächen an den Kindern. Diese Bedeutung der Frage sollte aber auch alle, die ein Herz für unsere Heimatstadt haben, auf den Plan rufen und bei der Beratung nicht sogar Fäden in unserem Kollegium sich zeigen lassen. Jeder Beschluß in der Eingemeindung kann Folgen haben, die sich erst in naher oder ferner Zukunft auswirken, ebenso wie wir heute schon manche Äußerung zu hören haben, die bereits 1907 und 1912 geäußert ist; denn

die Frage der Eingemeindung ist alt.

Seit 1907 beschäftigt sie die Castroper Stadtverwaltung. Damals zeigte sie wirtschaftlich, kulturell und verkehrstechnisch noch andere Seiten. Damals war gerade 5 Jahre vorher die Abtrennung vom früheren Amte Castrop vollzogen, das größte Gemeindefeld, das, lediglich aus damaligen Gegenwartsüberlegungen geboren, sich uns heute entgegenstellt. Dies Gemeindefeld in Verbindung mit der damaligen Zusammenfassung des Naxeler Gemeindefeldes veranlaßte auch 1907 die Stadtverwaltung, als die Eingemeindung zuerst in Angriff genommen wurde, sich zu beschränken und nur das damals Erreichbare in erster Linie zu erstreben. Die Verhandlungen, in die sich 1912 noch ein Intermezzo hinsichtlich Abtrennung kleinerer Gebiete nach Werthe hineinsoh, kamen durch den Krieg zum Erliegen und wurden vom jetzigen Kollegium und zwar zunächst noch auf alter Basis aufgegriffen und es war meine Meinung, die zuerst bei Gelegenheit einer Besprechung mit dem Landrat und Vertretern der Gemeinde Naxel im November 1919 sich die damals noch unerhörte Frage gestellte, weshalb denn

die Gemeindegrenze „Wittor“

am Luftschacht die Grenze der Eingemeindung bilden sollte, allzumal doch die Menschen auf und nicht in der Erde zu wohnen pflegen. Diese Bemerkung, die mir die Antwort des Ammanns eintrug, daß Castrop dann ja genau so gut das ganze Amt eingemeinden könne, brachte die Frage ins Rollen und veranlaßte Wittor, nimmere alsbald mit seinem großen Protest des neuen Amtsbildes im Norden von Castrop an die Öffentlichkeit zu treten. Aber in den Gemeinden fiel die Idee auf fruchtbaren Boden. Nacheinander erklärten die Gemeindevertretungen Naxel, Werklinde, Frohlinde und Bövinghausen sich für die Eingemeindung nach Castrop unter ausdrücklicher Ablehnung jeder Abtrennung irgend eines Gebietsteiles an eine andere Gemeinde. Nach anfänglichem Sträuben stimmte auch die Amtsversammlung zu und endlich faßten auch Kreisratsschuss und Kreistag einen zustimmenden Beschluß, den ich Ihnen ins Gedächtnis zurückschicken muß, weil er für unsere heutige Entscheidung von wesentlicher Bedeutung ist. Der Kreistag stimmte hinsichtlich der Gemeinde Naxel, Werklinde und Frohlinde unbedingt zu, hinsichtlich Bövinghausens aber mit der Bedingung, daß Castrop in die Abtrennung des westlichen Teiles von Bövinghausen und des südwestlichen Ausläufers von Castrop an den Landkreis Bochum einwillige, wobei jedoch vorausgesetzt wurde, daß

der Bahnhofsteil Naxel

mindestens bis zum Köln-Mindener Bahndamm nicht von der Eingemeindung ausgeschlossen werde. Diese Bedingung hatte ihre Vorgeschichte. Das insbesondere von Wittor erstrebte neue Amtsbild im Norden der Stadt soll sich aus Adern, Hablinghorst und Wadenhorst zusammensetzen, Wadenhorst gehört aber zum Landkreis Bochum, während Hablinghorst und Adern zu unserem Kreise gehören. Soll also das neue Gebilde zur Wirklichkeit werden, muß Wadenhorst aus dem Kreise Bochum nach Dortmund übertreten. Für diesen Uebertritt macht aber der Landkreis Bochum, die im Beschluß unseres Kreistages erwähnte Bedingung. Es wird von uns also nicht allein Verzicht auf einen Teil des eingemeindenden Bövinghausens verlangt, sondern wir sollen darüber hinaus Gebiete abtreten, die Jahrhunderte lang zu uns gehören. Aber auch auf der anderen Seite sucht man uns Boden zu entziehen, indem die Gemeinden, die das neue nördliche Amt erstreben, ihre Hand nach dem Bahnhofsteile Naxel ausstrecken und darüber hinaus auch noch

die sogenannte Strichheide

ebenfalls urales Gebiet Castrops, der Stadt zu entreißen suchen.

Die Kompliziertheit der Verhältnisse veranlaßte das Ministerium, ein Gutachten des Siedlungsverbandes herbeizuführen, das nunmehr vorliegt und unseren schärfsten Protest herausfordert. Das Gutachten lautet: Castrop erhält das Gemeindegebiet Naxel bis zur Nobelbahn (einschl.), Werklinde und Frohlinde ohne Strichheide, Bövinghausen ohne den Bahnhofsteil. In der Begründung wird dann noch der Vorschlag gemacht, den Bahnhofsteil von Naxel an Tingen, zu dem es gehört, und den Strichheide von Frohlinde an Werklinde im Amte Mengele anzugliedern, jedenfalls Castrop zu entziehen.

Sie kennen das Gutachten bereits aus der Castroper Zeitung vom 15. Dezember und ich stehe nicht an, auch hier zu erklären, daß ich mich dem vernichtenden Kommentar, den die Zeitung an das Gutachten knüpfte, in allen Punkten vorbehaltlos anschließe.

Unser Protest kann gar nicht laut genug sein.

Der böse Geist, der zu diesem Gutachten geführt hat, zeigt sich nicht allein in den entscheidenden Punkten, also hinsichtlich Bövinghausen-West, Mittelfeld, Bahnhof Naxel, nein, er zeigt sich sogar in den weniger bedeutungsvollen Teilen. So sagt das Gutachten, daß der Strichheide der Gemeinde Naxel nach Tingen gehöre, falls die Eingemeindungsverhandlungen zwischen Tingen und Castrop resultatlos verlaufen. Und doch ist in den gesamten Verhandlungen auch nicht mit einem Wort von diesem Strichheide die Rede gewesen, ja, auch in keiner der vielen Denkschriften, die haben und drüben in die Welt geschickt sind, wird von diesem Strichheide gesprochen. Ebenso wenig hat aber auch nur eine Besichtigung des in Frage kommenden Gebietes durch die Kommission des Siedlungsverbandes stattgefunden. Und weiterhin: Die Stadt Dortmund grenzt gar nicht an Frohlinde. Die große Gemeinde Kirchlinde liegt dazwischen und trotzdem bedurfte es nur einer kurzen Mitteilung Dortmunds, daß der Strichheide von Frohlinde entfällt, später für Dortmund von Wichtigkeit sein könne, um die überaus schnelle Wirkung zu erzielen, daß dieser Strichheide abgetrennt und vorläufig, damit er später ja Dortmund gesichert sei, Werklinde angegliedert wird, denn ihn jetzt schon Dortmund anzugliedern, ist ja unmöglich, da eine Grenze zwischen Frohlinde und Dortmund fehlt. Und doch hat Werklinde noch nie diesen Strichheide erreicht, nie einen Antrag dahin gestellt.

Demgegenüber übergeht man die Gründe Castrops ohne sie überhaupt zu erwähnen und spricht von Wirtschaftsgemeinschaften, wenn Castrop von seiner Existenz redet, und glaubt eine Entwicklungsmöglichkeit für Castrop auf mehr als 100 Jahre geschaffen zu haben, wenn man ihm außer Schwerin rein landwirtschaftliches Gelände mit durchaus unbrauchbaren Bahnverhältnissen beläßt, das daher für Neuanlagen industrieller Werke nicht dienen kann, wohl aber den in dem unliegenden, auch in Zukunft nicht zu Castrop gehörigen Gemeinden anhängigen Betrieben Arbeiterwohnmöglichkeiten schafft und somit Castrop an den dauernden schweren Lasten, die es in den Eingemeindungsverträgen übernommen, neue dauernde Lasten aufstößt, während die Steuerquellen der Eingemeinden verbleiben. Allein durch die Eingemeindungsverträge hat

Castrop Verpflichtungen den Gemeinden gegenüber

übernommen, die im Frieden einen Aufwand von 150.000 Mark, jetzt also einen solchen 15 Millionen Mark für eine Stadt mit ganzen 28.000 Einwohnern ausmachen. Unmöglich kann man von der Entwicklung einer Stadt sprechen, der man nur Lasten aufstößt, die Steuerquellen aber entzieht.

Das Gutachten spricht dann davon, daß der Landkreis Dortmund in den Hauptzügen mit den Vorschlägen einverstanden sei. Dem ist aber nicht so, auch der Landkreis ist durchaus der Ansicht, daß der Bahnhofsteil Naxel zum mindesten bis zur Köln-Mindener Bahn nicht von Castrop getrennt werden darf, weil auch der Kreistag die unbedingte Notwendigkeit anerkannt hat, daß nicht beides, Bövinghausen-West und Naxel-Bahnhof, Castrop entzogen werden dürfe. Auf die Stellungnahme der übrigen Selbstverwaltungskörper hat das Gutachten gar keine Rücksicht genommen, es beachtet sie gar nicht.

Man ist nun an uns herangetreten, um uns zu einem Entgegenkommen zu veranlassen. Und jetzt im Kreistage haben wir uns zu diesem Entgegenkommen bereit gefunden, dadurch, daß wir unter der Bedingung, daß uns der Bahnhofsteil Naxel verbleibt, die Bedingungen des Landkreises Bochum erfüllen wollen, um aus dem neuen Gemeindefeld die Entschädigung zu ermöglichen. Wir haben das getan, obwohl die Gemeindevertretung von Bövinghausen sich gegen jede Abtrennung ausgesprochen hat und obwohl auch

die Bevölkerung des Mittelfeldes

durchaus gegen eine Abtrennung von Castrop ist. Wir sind beiden Teilen für diese Stellungnahme dankbar und bitten Sie davon nicht abzugeben. Sie unterstützen dadurch unsere Gesamtbestrebungen. Aber wir wissen, daß auch gegen Herzenswünsche Opfer gebracht werden müssen, und sind bereit, sie zu bringen. Darum erkläre ich auch

heute, genau wie im Kreistage: Wir sind grundsätzlich der Ansicht, daß die Bildung eines neuen Amtes im Norden von Castrop lediglich ein mit ebenso unermesslichen wie überflüssigen Ausgaben verbundenes Gemeindefeld in der Entwicklung des wirtschaftlich zusammengehörigen Westteiles des Landkreises Dortmund darstellt, daß Castrop zu seiner zukünftigen Entwicklung ebenso wenig des Bahnhofsteils Naxel wie des Westteiles von Bövinghausen entbehren kann, daß endlich eine Industrie, die in 6 Gemeinden groß geworden ist, und geklärt hat, sich nicht darauf berufen kann, in ihrer Entwicklung bedroht zu sein, wenn ihre Anlagen zukünftig nicht in einer, sondern in zwei Gemeinden belegen sind. Ihr bisheriges Emporblühen in 6 Gemeinden beweist, daß Gemeindegrenzen kein Hindernis in ihrer Entwicklung bilden. Wir sehen daher auch in der Bedingung des Kreistages ein schweres Unrecht, wollen sie aber trotzdem erfüllen, um an dem Einen nicht das Ganze scheitern zu lassen. Wir sind also bereit, in die Abtrennung von Bövinghausen-West und eines Teiles des Mittelfeldes Castrops einzuwilligen. Aber wenn wir so Entgegenkommen zeigen und Opfer bringen, dann dürfen wir auch auf der Gegenseite Entgegenkommen und Opfer verlangen. Ohne

Uebertritt Wadenhorsts zum Landkreis Dortmund

kein neues Amt, ohne Abtrennung von Bövinghausen-West und Mittelfeld kein Uebertritt. Also nur durch unser Opfer das neue Amt. Sind wir im Unrecht, wenn wir, indem wir die Geburt des neuen Amtes durch unser Entgegenkommen, insbesondere durch Abtrennung uralten Castroper Gebietes ermöglichen, auch Entgegenkommen vom neuen Amte erwarten, indem es zu unseren Gunsten, die wir ihm aus der Geburt helfen, ebenfalls auf einen Gebietsteil, den es bisher nicht gehabt, verzichtet? Können wir mehr Entgegenkommen verlangen, als indem wir erklären, daß wir bereit sind, eines abzutreten, entweder Bövinghausen-West und Mittelfeld oder den Bahnhof Naxel? Ein Schuß, der mehr gibt als er kann. Genügt das nicht, nun gut, meine Damen und Herren, dann mag man uns durch Befehlsgewalt zwingen, dann mag uns der Staat durch Gesetze Gebietsteile entreißen, die Jahrhunderte lang mit uns verwachsen sind und zu uns gehört haben. (Mittelfeld und Strichheide.) Wir glauben nicht daran. Was für den Staat gilt, gilt für die Stadt. Wer sich auf Jahrhunderte staatlicher Zugehörigkeit bezieht, und daraus ewigen Protest herleitet, hat kein Recht, uns anzutun, was er selbst schmählt. Demgemäß unterbreitet der Magistrat Ihnen im Anschluß an den Protest vom 8. August 1922 folgende

Entscheidung:

„Unter ausdrücklicher grundsätzlicher Anerkennung des Protestes vom 8. August 1922 erklärt die Stadtverwaltung sich im Interesse des Zusammenkommens des neuen Amtes Adern-Wadenhorst-Bahnhof mit der Abtrennung eines noch näher festzulegenden Gebietsteiles von Bövinghausen-West und vom Mittelfeld der Stadt Castrop im Sinne der Denkschrift der Gemeinde Werthe vom Juni 1922 und des Landkreises Bochum vom Juli 1922 einverstanden, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Kreisteil Bahnhof Naxel, soweit er zur politischen Gemeinde Naxel gehört, von der Eingemeindung nach Castrop mindestens bis zum Köln-Mindener Bahndamm nicht ausgeschlossen wird.“

Sollte aber entgegen den Beschlüssen der Stadt Castrop, der Gemeinde und des Amtes Naxel, sowie des Kreisratsschusses und des Kreistages des Landkreises Dortmund also entgegen den Beschlüssen sämtlicher Selbstverwaltungskörper seitens der Regierung der Bahnhofsteil Naxel von der Eingemeindung nach Castrop ausgeschlossen werden, so ist aus lebensnotwendigen Gründen die Abtrennung von Bövinghausen-West und des Mittelfeldes an den Landkreis Bochum unmöglich, da alsdann die mit der Eingemeindung der noch verbleibenden Teile zu übernehmenden Lasten die Leistungsfähigkeit der Stadt übersteigen.“

Die Rede des Stadtverordnetenvorstehers wurde vielfach vom lebhaften Beifall der Versammlung unterbrochen.

Nach kurzer Aussprache, an der sich die Stadtverordneten D. Lamberg und Rinke beteiligten, wurde dann

die Resolution einstimmig angenommen und die Versammlung, die eindrucksvoll verlief, gegen 6 Uhr geschlossen.

Aus Castrop und Umgegend

Wichtig für Fernsprecherbesitzer. Wer aus Anlaß der neuen Gebührenerhöhung für die Benutzung des Fernsprechers seinen Anschluß zum 31. Dez. 1922 aufgeben will, muß die Kündigung bis heute abend bewirkt haben, da am 28. Dezember 1922 die auslaufende Frist abläuft.

Am Naxel. (Mit der Beratung sind die) finden im nächsten Vierteljahr statt: In Hablinghorst am 10., 24. Januar; 7. 21. Februar; 7. 21. März; in Naxel-Schwerin am 16. 30. Januar; 13. 27. Februar; 13. 27. März; in Werklinde am: 9. 23. Januar; 6. 20. Februar; 6. 20. März, nachmittags 4½ Uhr. In Hablinghorst findet jeden Mittwoch, nachmittags von 3-4 Uhr in der Verwaltungsstelle Zimmer 2, eine Sprechstunde der Amtsfürsorgerin statt. Die Sprechstunde morgens 9-10 Uhr in der Germanenstraße fällt fort.

Die letzte Ausgabe

der Castroper Zeitung und der Emser Zeitung in diesem Jahr erscheint Samstag, den 30. Dez.

Glückwünsch-, Familien- u. Sy'vester-Anzeigen

für diese Nummer bitten wir bis spätestens Freitag nachmittags 3 Uhr in unserer Geschäftsstelle Münsterstraße 24. aufgeben zu wollen.

Naxel. (Weihnachtsbescherung.) Aus dem mit Castrop geteilten Reingewinn des Konzerts vom 15. d. Mts. und den besonderen Spenden vieler Wohltäter sind 122 ortarme Kinder von Naxel-Dorf, Naxel-Bahnhof und Naxel-Schwerin, 104 von Hablinghorst, 25 von Werklinde-Bövinghausen und 15 von Frohlinde beschenkt worden. Außer Badwerk und Kerfeln gelangten Strümpfe, Pantoffeln, wollenes Unterzeug, Winterhandschuhe und sonstige praktische Gegenstände zur Verteilung. Auch an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank allen Spendern!

Naxel. (Auszeichnung.) Für langjährige treue Dienste bei derselben Herrschaft erhielten zu Weihnachten die übliche Belohnung für 9- bzw. 5-jährige ununterbrochene Dienstzeit Fräulein Auguste Brauer (bei dem inzwischen verstorbenen Landwirt Theodor Dagemann in Naxel), und Fr. Elisabeth Temme (bei Lehrer Reitter in Werklinde).

Naxel. (Vom Amte) wird uns geschrieben: „Dem Wohlfahrtsamt Naxel gingen von einem Ungenannten durch Brief 500 Mk. zur Verwendung für arme und Hilfsbedürftige zu. Dem Wünsche des Spenders dies als Eingangsbeleg und als Anregung zu weiteren Spenden in der Castroper Zeitung bekannt zu geben, wird hiermit gern entsprochen. Wer macht das?“

Naxel. (Auswandererliste.) Nach amtlicher Mitteilung beabsichtigt Gesandter Remar, Funkstr. 2, nach Polen auszuwandern.

Naxel. (Ein Wäskemar) steht im Hause Schulstraße 13a vom Trodenboden mehrere Herren- und Damenhemden, sowie einen Unterrock im Werte von ca. 12.000 Mk. Der Diebstahl man auf der Spur.

Bövinghausen. (Ein schönes Ergebnis) hatte die Feststellung des Krieger- und Landwehrvereins Bövinghausen mit ihrer Sammelkassette Sie brachte 19.165 Mk auf, die zur Unterstützung von Veteranen, Kriegshinterbliebenen und der Kriegserwachsenen verwandt werden.

Bövinghausen. (Zur Anzeige) gelangte ein Arbeiter, der auf den Chemischen Werken der Beche Lohrungen 17 Kg. Eisenschrott, 3 Kg. Zempers sowie Hammer und Meißel stahl. Der Dieb ist gefasst.

Werklinde. (Jugend von heute.) Am Tage vor Weihnachten beschäftigten des Abends gegen 10 Uhr P. R. und D. R. aus Bövinghausen auf der Wittenerstraße 2 junge Mädchen. Als sie von dem einen dieserhalb zur Rede gestellt wurden, warfen sie dasselbe zu Boden. Auf die Giftrufe erschien ein Polizeibeamter. Wie dieser die Personallisten feststellen wollte, wurde er tätlich angegriffen, obgleich er sich, da er in Zivil war, als Polizeibeamter legitimierte. Die Angreifer zerbrachen den Stock des Beamten und schlugen mit den Stöcken auf ihn ein. Erst als ein weiterer Beamter erschien, konnten sie festgenommen werden. Die beiden wollen angetrunken gewesen sein.

Frohlinde. (Geht's Bierhaus?) Im Alter von 74 Jahren entschlief am gestrigen Tage der Gutbesitzer Herr. Werhaus gen. Schulte-Frohlinde. Bis in sein hohes Alter hinein hat der altzeit körperlich und geistig rüstige Mann seine Kräfte gern in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, so war er 28 Jahr Gemeindeverordneter, 18 Jahre gehörte er dem Schulvorstande und 12 Jahre der Friedhofskommission als Mitglied an. Auch als Amtsverordneter war er 8 Jahre tätig. Durch die Hingabe und gewissenhaftigkeit mit der er diese Ämter verwaltete, hat er sich ein dauerndes Andenken in der Gemeinde gesichert. Er ruhe in Frieden!

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball. Ergebnisse vom Sonntag. G. S. B. 02-B. f. 2, 97 Dortmund 1:0. G. S. B. 02-G. C. „Union“ Mellinghausen 2:1. 2. Mannschaften 4:3 für G. S. B. 1. Jgd. G. S. B.-1. Jgd. G. S. B. Sodingen 2:2. 1. Jgd. G. S. B.-1. Jgd. Gelfent-Schalke 2:0. Der ausführliche Bericht mußte Platzmangels wegen bis morgen zurückgestellt werden.

Familien-Anzeigen

in gediegener, vornehmer Ausführung liefert schnell Geschw. Schmitz, Castrop, Druckerei und Verlag.

*) Medner brauchte diese Worte wohl im Hinblick auf die auch diesmal abwesende Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Kläre Barth
Paul Seidel
Verlobte

Schwäb. Gmünd (Würtb.)
Weihnachten 1922.

Castrop
6544

Antonie Kerbl
Otto Struckmeyer
Verlobte

Lebern

Delmshausen
Weihnachten 1922. 6525

Statt jeder besonderen Anzeige.



Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief heute Nacht 12¹/₂ Uhr nach kurzer, schwerer Krankheit mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender, lieber Vater, Schwiegervater und Großvater der

Gutsbesitzer
Heinrich Vierhaus
gt. Schulte-Frohlnde.

Er starb sanft und gottergeben, gestärkt durch den mehrmaligen Empfang der hl. Sakramente im 78. Lebensjahre.

Frohlnde, den 27. Dezember 1922.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Das Leichenamt wird am Sonnabend den 30. Dezemb. 1922 in der Filialkirche zu Frohlnde gelesen.
Die Beerdigung findet an demselben Tage, nachmittags 8 Uhr vom Trauerhause aus statt. 6532

Nachruf.

Gestern abend verschied nach kurzem Krankenlager im Alter von 73 Jahren

Herr Gutsbesitzer
Heinr. Vierhaus
gen. Schulte-Frohlnde,

in Frohlnde.

Der Verstorbene hat noch bis vor kurzem eine Reihe von Ehrenämtern im Amt in der Gemeinde bekleidet, und 26 Jahre war er Gemeindeverordneter, 13 Jahre gehörte er dem Schulvorstande und 12 Jahre der Friedhofscommission als Mitglied an. Auch als Amtsverordneter war er 8 Jahre tätig.

Alle diese Ämter hat Herr Vierhaus stets mit voller Hingabe und größter Gewissenhaftigkeit verwaltet, allzeit nur auf das Wohl seiner Gemeinde bedacht. Dadurch hat er sich ein dauerndes Andenken gesichert. 2388

Rauxel, Frohlnde den 27. Dezember 1922.

Der Amtmann: Der Gemeindevorsteher:
Schulze. Strothmann.

Barmer Bank-Verein

Binsberg, Filcher & Comp.

Viktorialstraße 19 Castrop Viktorialstraße 19

Aktienkapital und Reserven A 770 000 000

Eröffnung von Check- u. laufenden Rechnungen

Verzinsung von Spargeldern

Effektenverkehr in Aktien, Kuxen und Obligationen.

Zahlstelle sämtl. an die Stadtkasse zu
enrichtenden Abgaben wie Steuern usw. 8918

Einlösung sämtlicher Zins- und Dividenden-Scheine

Kassierstunden: 9—1 Uhr vormittags.

Drucksachen aller Art Castroper Zeitung.



Klavier
zu kaufen gesucht. Gest.
Angebote unter 6548 an
die Geschäftsst. 31g.

2 Remscheider

und 2 Schwanzriemen
zu kaufen gesucht. 6548
Berkhoff u. Fric,
Castrop.
Tel. 568.

Herren- und Damen-
Fahrrad
zu kaufen gesucht. 6526
Angeb. an
Franz Nidel, Berne,
Behrensstraße 10.
Tel. 1018.

Näherin

sucht Kundschaft in und
außer dem Hause. Aus-
kunft in d. Geschäftsst. d. 31g.
Suche für meine To-
chter, 16 Jahre, 6529

Stellung

in kleinem kath. Haus-
halt. Offerten unt. 6578
an d. Geschäftsst. d. 31g.
Eauberes 6536

Mädchen

zwischen 18 u. 22 Jahren
für alle Hausarbeiten
sowie nach Schmalen-
berg u. Westf. bei hohem
Lohn und guter Ver-
pflegung gesucht.
Näheres an erfahren
Castrop,
Seppelstraße 81.
Ordentliches 6542

Mädchen

sucht für sofort Stellung
im Haushalt in Berne
oder Castrop.
E. Sch.
Garpen, Dorfstraße 70.
Fintenhause.

Mädchen

für alle Hausarbeiten
sowie nach Schmalen-
berg u. Westf. bei hohem
Lohn und guter Ver-
pflegung gesucht.
Näheres an erfahren
Castrop,
Seppelstraße 81.
Ordentliches 6542

Mädchen

für alle Hausarbeiten
sowie nach Schmalen-
berg u. Westf. bei hohem
Lohn und guter Ver-
pflegung gesucht.
Näheres an erfahren
Castrop,
Seppelstraße 81.
Ordentliches 6542

Morgen-
Mädchen

sehr gesucht. 6528
Seppelstr. 5 II.

möbl. Zimmer

oder Schlafstelle. Off.
unt. 6541 an d. Geschäfts-
st. 31g.

Geschmackvolle Vereins-Drucksachen!

Alle Vereins-Veranstaltungen
Festlichkeiten, Bälle, Konzerte
und Theater-Aufführungen

werden dadurch am besten gefördert,
wenn sie durch eine wirklich vornehm und
geschmackvoll ausgestattete Drucksache
angezeigt werden. Es ist daher anzunehmen,
auf die gute Ausstattung aller für diese
Zwecke benötigten Drucksachen, wie

Einladungen, Eintrittskarten,
Programms, Menü- u. Tanz-
karten, Tafellieder, Festschriften

großen Wert zu legen. Bei vorstehendem
Bedarf helfen wir uns zur schnellen und
preiswerten Lieferung vorzüglich aus-
geübter besitziger Drucksachen empfehlen

Buchdruckerei
Geschw. Schmitz
Castrop, Bismarckstraße Nr. 24
Telefon Nr. 6.

Preuß. Südd. Klassen-Lotterie

Ziehung 1. Klasse am 9. und 10. Januar 1923.

750 000 Lose mit 300 000 Gewinnen und 24 Prämien
in 4 Klassen im Gesamtbetrage von über

1/4 Milliarde Mark
Größter Gewinn im günstigsten Falle auf 1 ganzes Los
12 1/2 Millionen Mark.

Einsatzpreise der Lose:
Für die 1. Klasse:
1/4 Los 75.— Mark
1/2 Los 150.— Mark
3/4 Los 300.— Mark
1 Los 600.— Mark
Für die 2.—4. Klasse:
1/4 Los 100.— Mark
1/2 Los 200.— Mark
3/4 Los 400.— Mark
1 Los 800.— Mark
Preise für Vollose: 1/4 375.— Mk., 1/2 750.— Mk., 3/4 1500.— Mk., 1 1500.— Mk.

Kraus, Staatl. Lotterie-Einsamler, Berne, Neumarkt, Fernr. 90.
Mittelpersonen Georg Bies, Castrop, August Morjan, Rauxel,
Karl Dworak, Hablinghorst, J. Macke, Ickern. 6168

Kanarien-Züchter!!!

Solange Vorrat gebe heute ab:

la. süßen Sommer-Rübsen,
prachtvolle Ware, Pfund 500 Mark.

W. Lambertz, Kralittter-Zentrale,
Ober-Gastrop, 6527 Bochumerstraße 71.

Bettfedern u. Inletts

wieder genau so gut wie früher, auch äußerst billig.

sendet ihnen die bekannte
Betten-Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch,
Provinz Sachsen, Angerstraße 4.
Verlangen Sie Proben und Preisliste gratis u. portofrei

Pianos
mit Klavier- und Preiswürdigkeit
7501 und Preiswürdigkeit
D. R. G. M. 458 438
Hof-Piano- u. Flügel-Fabrik Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Roth & Junius
Kunstspielinstrumente
unübertroffen an Qualität

Hohe Belohnung!
Am 1. Weihnachtstag auf der Bochumer-
straße von Falkenhahn bis zur Viktoriastraße

silberne Handtasche
verloren. Gegen hohe Belohnung abzugeben
in der Geschäftsstelle dieser Zeitung. 6580



Wir alle sparen
unser Geld mit
Pilo
das die Schuh
erhält

2 Weihnachtstag abdd.
11 Uhr in der Straßen-
bahn Linie 14 im Fah-
rerraum ein

Karton

mit Befestigungshaken
bei dem Mitnehmen
auf dem Holzstapel lie-
gen gelassen. Ich for-
dere die beiden Ver-
fahren hierdurch auf den
Karton binnen 24 Stun-
den in der Polizeiver-
waltungsstelle in Ha-
binghorst abzugeben.
Bielacko,
Datteln, Straße 216.

Geid

gefunden.
Castrop, 27. 12. 22.
Die Polizeiverwaltung.

Warnung für Güte-
nerbesserer, da ich die
Kronprinzessin u. Kör-
nerstraße

Giftweizen

gelegt habe. 6537

A. Polichowski.

2 anständ. Bergleute

erhalten 6537

Kost u. Logis

Wo sagt die Geschäftsst.

Hautjucken

Arzhe befreit man in 3

Tagen garantiert geruchlos

mit Leupin. Vorzugl.

Vorbeugungsmittel gegen

Gleiche, Schmorhoden, Dehn-

schäden. H. Fabr.

A. Stricker Drachewitz

Zu haben Dr. Sonnenberg

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz

Dr. Stricker Drachewitz